



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier, Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)**

Bayern raus aus allen Klima-Initiativen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die Beteiligung des Freistaates an sämtlichen landesweiten und internationalen Klima-Initiativen und -Bündnissen umgehend aufzukündigen bzw. aufzulösen, insbesondere an der Bayerischen Klima-Allianz, dem Umwelt- und Klimapakt Bayern, dem Energieeffizienzpakt Bayern, der Allianz für Entwicklung und Klima, der Climate Group sowie der Under2 Coalition (Under2 Memorandum of Understanding),
- das bayerische Klimaschutzgesetz vollständig abzuschaffen,
- sämtliche Zahlungen und Haushaltsmittel für wirtschaftsschädliche Klimaschutzmaßnahmen sowie die Umsetzung der Energiewende mit sofortiger Wirkung einzustellen.

Begründung:

Am 20.01.2026 ist der erneute Austritt der Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Pariser Klimaabkommen unter Präsident Donald J. Trump in Kraft getreten. Zugleich haben die USA ihre Mitgliedschaft in 66 weiteren internationalen Klimaabkommen und Organisationen beendet, darunter der Weltklimarat (IPCC) und die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC). Der Weltklimarat IPCC ist kein neutrales wissenschaftliches Gremium: Die maßgebliche „Summary for Policymakers“ wird Zeile für Zeile von Regierungsvertretern genehmigt, wodurch politische Interessen und eine einseitige Förderung der Dekarbonisierungsagenda die Darstellung der Wissenschaftsergebnisse maßgeblich prägen (Richard Tol, 2014; NZZ, 2010). Außenminister Marco Rubio begründete den Schritt der USA damit, dass diese Organisationen überflüssig, schlecht geführt, unnötig und verschwenderisch sind (The White House, 2026). Dieser mutige und konsequente Schritt der USA unterstreicht, dass eine rationale Neubewertung internationaler Klimaverpflichtungen möglich und geboten ist, wenn diese keine messbaren Vorteile für die eigene Bevölkerung und Wirtschaft bieten.

Diesem Vorbild folgend haben auch führende amerikanische Finanzinstitute und Banken ihre Beteiligung an zahlreichen Klimainitiativen beendet. BlackRock ist aus der Net Zero Asset Managers Initiative (NZAMI) ausgestiegen, JPMorgan Chase, Citigroup und Bank of America haben die Net Zero Banking Alliance (NZBA) verlassen, ebenso wie zuvor bereits Goldman Sachs und Wells Fargo. Die Federal Reserve hat sich aus dem Network for the Greening of the Financial System (NGFS) zurückgezogen, immer aufgrund der Erkenntnis, dass solche Bündnisse den eigentlichen Auftrag überschreiten.

Auch in Bayern selbst hat der weltgrößte Rückversicherer Munich Re konsequent gehandelt und sich aus vier internationalen Klimabündnissen zurückgezogen, darunter der

Net Zero Asset Owner Alliance (NZAOA), der Net Zero Asset Managers Initiative (NZAM), Climate Action 100+ sowie der Institutional Investors Group on Climate Change (IIGCC). Dieser Rückzug erfolgte im Juni 2025 unter Verweis auf rechtliche Unsicherheiten, regulatorische Widersprüche und übermäßige Berichtspflichten (Handelsblatt, 2025). Dieser Schritt ist ausdrücklich zu begrüßen und zeigt, dass selbst große bayerische Unternehmen die Belastungen durch ideologisch motivierte Klimabündnisse nicht länger hinnehmen.

Daten aus dem langjährigen NatCatSERVICE von Munich Re beweisen zudem, dass die wirtschaftlichen Klimaschäden im Verhältnis zum globalen BIP seit 1980 deutlich gesunken sind – von 0,31 Prozent im Jahr 1980 auf 0,21 Prozent im Jahr 2024. Dies dokumentiert eine erfolgreiche Anpassung der modernen Wirtschaft durch bessere Planung, Infrastruktur und Vorsorge – und nicht durch alarmistische Klimapolitik (NatCatSERVICE, 1980-2024). Weiterhin hat das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) seine alarmistische Studie zur wirtschaftlichen Katastrophe durch den Klimawandel – die weltweit für Schlagzeilen sorgte und Politik sowie Finanzinstitute beeinflusste – klammheimlich zurückziehen müssen. Nach massiver fachlicher Kritik an methodischen Fehlern und dubiosen Verstrickungen wurde die Arbeit im Dezember 2025 von der Zeitschrift Nature zurückgezogen. Dies offenbart erhebliche Zweifel an der Seriosität mancher alarmistischer Prognosen und unterstreicht die Gefahr, dass ideologisch getriebene Forschung und grüner Lobbyismus Politik und Gesellschaft in die Irre führen (WELT, 2025; NZZ, 2025).

Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, dass die Staatsregierung Jahr für Jahr Millionen Euro an Steuergeldern für derartige unnütze, ergebnislose und die Wettbewerbsfähigkeit schädigende Klimainitiativen und -programme ausgibt. Die genannten Bündnisse – von der Bayerischen Klima-Allianz über den Umwelt- und Klimapakt Bayern bis hin zur Under2 Coalition mit ihren unrealistischen Zielen einer 45-prozentigen-Reduktion bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050 – dienen in erster Linie der Subventionierung einer unproduktiven grünen Lobby und ideologisch motivierter Zwangsmaßnahmen, ohne nachweisbare positive Effekte für Bayern.

Gemäß Drs. 18/20042 belaufen sich diese Ausgaben auf durchschnittlich rund 862 Mio. Euro pro Jahr. Diese Mittel müssen umgehend eingespart werden, um die Lebenshaltungskosten zu senken, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und den Freistaat von ideologiegetriebener Klimaangstmache zu befreien.